

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 9. September 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 520 Anfrage Bolliger Roman und Mit. über die Verwendung eines allfälligen Kantonsbeitrags für Steeltec / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 520 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 114 zu 1 Stimme zu.

Die Anfrage A 520 sowie das Postulat P 347 von Marcel Budmiger über die Kantonsbeteiligung an der Rettung des Produktionsstandortes Emmen werden als Paket behandelt.

Roman Bolliger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 347 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Adrian Nussbaum und Fritz Gerber beantragen teilweise Erheblicherklärung. Marcel Budmiger ist mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden.

Roman Bolliger: Steeltec ist ein bedeutender Arbeitgeber im Kanton Luzern. Das gilt auch nach dem schmerzhaften Verlust eines Teils der Arbeitsplätze. Steeltec beschäftigt weiterhin Hunderte von Mitarbeitenden. Es geht um die persönliche und berufliche Zukunft dieser Menschen. Es geht auch darum, was Steeltec produziert. Stahl ist überall: Wir verwenden Stahl für Brücken, Tunnel, Parkhäuser, Fahrzeuge, Maschinen, Windturbinen und zur Befestigung von Photovoltaikpanels, um nur einige Beispiele zu nennen. Steeltec verwendet für die Herstellung des Stahls ausschliesslich Stahlschrott und schliesst damit Stoffkreisläufe. Steeltec verzichtet bereits weitgehend auf fossile Energien und setzt für das Schmelzen des Stahlschrotts Elektrolichtbogenöfen ein. Steeltec ist führend in der Herstellung von nachhaltig reduziertem Stahl. Für die Erreichung der Klimaziele wie auch den Weg zu einer Kreislaufwirtschaft ist Steeltec damit von grosser Bedeutung. Das Unternehmen befindet sich in einem herausfordernden Umfeld. Insbesondere gestiegene Strompreise stellen das Unternehmen vor Herausforderungen. Für den Erhalt von möglicher Bundesunterstützung ist ein Kantonsbeitrag von zirka 8,5 Millionen Franken erforderlich. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob der Kantonsbeitrag allenfalls gezielt eingesetzt werden kann für die Investitionen in erneuerbare Energien bei Steeltec. Ist es beispielsweise möglich, dass mit dem Kantonsbeitrag eine grosse Photovoltaik-Anlage (PV-Anlage) mitfinanziert wird? Oder dass der Kantonsbeitrag in einem Pilotprojekt für Kunden dazu eingesetzt wird um zu prüfen, wie die verbleibenden fossilen Restemissionen des Unternehmens ebenfalls vermieden werden können, so dass wir in Richtung von 100 Prozent emissionsfreiem Stahl kommen? Falls ja, hat dies verschiedene Vorteile. Nicht nur kann das Unternehmen so den

Bundesbeitrag erhalten. Mit PV-Anlagen kann das Unternehmen auch günstigen, lokal produzierten Strom erhalten. Das hilft, die Herausforderung der gestiegenen Strompreise im Kern zu adressieren. Zum Erhalt des Bundesbeitrags ist das Unternehmen zudem verpflichtet, gemäss Bundesrecht einen Fahrplan zur Erreichung von netto null Treibhausgasemissionen auszuarbeiten. Kann der Kanton mit einem Kantonsbeitrag nicht auch mithelfen, das entsprechende Ziel zu erreichen, indem er ein entsprechendes Pilotprojekt unterstützt zur Vermeidung des noch bestehenden Verbrauchs von fossilem Gas? Hat eine entsprechende Mittelverwendung nebst den offensichtlichen Vorteilen für den Klimaschutz nicht auch Vorteile für die Wettbewerbsfähigkeit und damit den langfristigen Erhalt der Arbeitsplätze bei Steeltec in Emmenbrücke? Hat ein entsprechender Mitteleinsatz nicht auch positive Auswirkungen auf weitere Unternehmen im Kanton, gerade auch KMU, wie beispielsweise Solarunternehmen, die vom Bau von PV-Anlagen profitieren können? Oder generiert eine Pilotanlage zum Ersatz von fossilem Erdgas wertvolles Wissen und Know-how im Wirtschaftsraum Luzern, das auch für andere Anwendungen nützlich ist? Die Idee, den Kantonsbeitrag bei Steeltec für Energie- und Klimamassnahmen einzusetzen, ist somit ein Win-win-win-Ansatz: Ein Gewinn für den Erhalt der Arbeitsplätze in Emmenbrücke. Ein Gewinn für die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und für den ganzen Wirtschaftsraum Luzern. Und ein Gewinn für den Klimaschutz. Ich sehe, dass der Regierungsrat von der Idee nicht begeistert ist. Er schreibt aber auch, es sei nicht ausgeschlossen, dass die Idee mit Bundesrecht kompatibel ist. Zudem schreibt er, dass die Förderbeiträge an Industrieunternehmen für Massnahmen zur Umstellung auf fossilfreie und erneuerbare Prozessenergie bereits im Planungsbericht Klima und Energie vorgesehen seien. Der Regierungsrat hat für das Budget 2026 24 Millionen Franken eingestellt. Wenn wir dieses Budget erhöhen oder einen Nachtragskredit formulieren, besteht eine Möglichkeit, dass wir diese Idee verwirklichen können.

Marcel Budmiger: Donald Trumps Zollankündigung am 1. August 2025 war für Teile der Schweizer Exportindustrie alles andere als ein Feiertag. Die Schweizer Stahlindustrie muss sich aber schon länger mit protektionistischen Zöllen und erhöhten Energiepreisen herumschlagen. Deshalb beschloss der Bund Überbrückungshilfen für Eisen-, Stahl- und Aluminiumproduzenten von strategischer Bedeutung. Will die Schweiz nicht abhängig sein von ausländischem Stahl, braucht es diese Unterstützungsmassnahmen. So unterstützt auch die Stadt Luzern solidarisch die in ihrer Nachbargemeinde ansässige Steeltec mit jährlich über 100 000 Franken an erlassenen Konzessionsgebühren. Ganz anders der Luzerner Regierungsrat. Entgegen seinen Amtskolleginnen und -kollegen in Solothurn verweigert er der lokalen Stahlproduktion die Unterstützung mit teilweise fadenscheinigen Argumenten. Mit meinem Postulat können wir den Fehlentscheid der Regierung korrigieren und Wirtschaftspolitik zugunsten der Wirtschaft und nicht gegen sie machen. Der Kantonsrat hat sich im letzten Dezember deutlich für den traditionsreichen Industriestandort Emmen ausgesprochen. Bleiben wir unserer Linie treu. Gerne erläutere ich, weshalb Sie der Regierung nicht folgen sollten. Bei einem Nein entfallen auch die 17 Millionen Franken des Bundes an den Standort Emmen. Es wäre auch ein Zeichen der Geringschätzung der Steeltecmitarbeitenden, die Sie heute Morgen kennenlernen konnten und von denen einige auf der Tribüne anwesend sind. Es wäre zudem ein fatales Zeichen an den Mehrheitsaktionär Martin Haefner. Zeigt der Standortkanton im Gegensatz zum Bund, dem Kanton Solothurn und der Stadt Luzern kein Interesse am Produktionsstandort Emmen, warum soll dann die Swisststeel-Gruppe hier noch investieren? Ist der Kanton Solothurn wirtschaftsfreundlicher als der Kanton Luzern? Ein Nein gefährdet mittelfristig die einheimische Stahlproduktion, spezifisches Fachwissen für grünen Stahl und vor allem auch rund 650 Arbeitsplätze in

Emmen. Man kann nicht den Abbau von Arbeitsplätzen bedauern und gleichzeitig die einheimische Stahlproduktion im Regen stehen lassen. Die gesetzliche Grundlage für den Kantonsbeitrag besteht mit dem Wirtschaftsförderungsgesetz bereits. Was es noch braucht, ist ein Dekret für den Ausgabenbeschluss. Angesichts des absehbaren riesigen Überschusses, warum nicht ein Nachtragskredit, damit die Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr etwas ausgeglichener wären? Wichtig ist, dass es schnell geht. Die Unternehmerinnen und Unternehmer unter Ihnen wissen, wie wichtig Planungssicherheit ist. Planungssicherheit benötigt das Management, das heute auch anwesend ist. Sicherheit brauchen aber vor allem die Angestellten, die sich um ihre Zukunft Sorgen machen. Man kann die vom Bund geförderte Verknüpfung mit einem Standortbeitrag des Kantons gut oder schlecht finden. Ebenso die Schweizer Energiepolitik. Beides können wir heute in unserem Rat aber nicht ändern. Wir können heute aber ein Zeichen setzen, dass die verschiedenen Staatsebenen miteinander statt gegeneinander arbeiten sollen. Dass auch wir bereit sind, unseren Anteil an die Transformation hin zur Kreislaufwirtschaft und ökologischer Produktion zu leisten. Und, dass uns die heimische Industrie und die Mitarbeitenden von Steeltec nicht egal sind. Ein Zeichen, wenn auch ein gänzlich anderes, setzte am 2. Juni 2025 der Direktor des Gewerbeverbandes, Jérôme Martinu. In einem Leserbrief zur Steeltec schrieb er: «Die europäische Stahlproduktion ist nicht mehr ausreichend wettbewerbsfähig, China spielt die erste Geige.» Geht es nach der neoliberalen, reinen Lehre, bestellen wir künftig bei Temu statt beim einheimischen Gewerbe. Wo wir künftig unseren Stahl bestellen, können Sie heute mitentscheiden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Adrian Nussbaum: Aus regionalpolitischer Sicht und insbesondere aus Gründen der Nachhaltigkeit aber auch der Arbeitsplätze in Emmen nehmen wir die vom Bund beschlossene Überbrückungshilfe positiv zur Kenntnis. Es ist uns aber in diesem Zusammenhang ein wichtiges Anliegen zu betonen, dass die Unterstützung einer gesamten Industrie oder Branche nicht Sache unseres Kantons, sondern des Bundes ist. Mit dem Vorwurf, dass er hier ein Präjudiz geschaffen hat, müssen nicht wir, sondern die Bundespolitik umgehen können. Der Bund hat mit einem «Buebetrickli» die Bedingung einer Unterstützung an eine kantonale Mitfinanzierung gebunden, und hat uns so den Ball zurückgespielt. Aus Sicht der Mitte-Fraktion würde eine kategorische Ablehnung dieser geforderten Mitfinanzierung, wie es uns die Regierung vorschlägt, ziemlich schräg in der Landschaft stehen – gerade in Bezug auf die Standortförderung, über die wir in wenigen Monaten diskutieren. Aber die Mitfinanzierung hängt für uns andererseits auch davon ab, ob die Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes gelingt. Aus diesem Grund stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung zu. Die Regierung schlägt uns vor, in den nächsten Jahren einen wesentlichen Teil der OECD-Mehrerträge in die Wirtschaftsförderung zu investieren. Wenn das gelingt und der Kantonsrat und wahrscheinlich auch das Volk diesem Vorhaben zustimmen, muss aus unserer Sicht auch eine Unterstützung für Steeltec darin Platz haben. Gerade aus Sicht der Ökologie – Stichwort Kreislaufwirtschaft und grüner Stahl. Aber ob uns das nächste Jahr gelingt, werden wir sehen. Ob es im Herbst 2026 für die Unterstützung von Steeltec einen Sonderkredit oder einen Beschluss über einen Nachtragskredit braucht oder ob die Unterstützung im Rahmen der neuen Standortförderung in die Kompetenz der Regierung fällt, können wir heute offenlassen. Dass dieses Vorgehen das richtige ist, zeigen auch die Antworten auf die Anfrage A 520. Die Regierung begründet die meisten Vorschläge mit einer generellen Haltung, dass sie die Unterstützung an Steeltec telquel ablehnt. Mit der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats P 347 gewinnen wir Zeit, um die Vorschläge in der Kommission und im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Standortförderung zu diskutieren. Fazit: Somit auch Rechtssicherheit für Steeltec. Die Mitte-Fraktion sagt Ja zur

Unterstützung des Produktionsstandortes Emmen, aber erst nach Beratung der Standortförderung, sprich dem Wirtschaftsförderungsgesetz und nur, wenn dieses vom Kantonsrat wie auch dem Volk angenommen wird.

Fritz Gerber: Wir sind tatsächlich etwas unter Zugzwang durch den Bund. Es ist nicht die feine Art zu sagen, dass die eine Seite Geld ausgibt und die andere die Hälfte davon bezahlen muss. Das ist eine unübliche Politik, vor allem auf verschiedenen Staatsebenen. Aber es ist so. Der Fall Steeltec ist es der Beweis dafür, dass etwas nicht gut läuft in unserer Energiepolitik. Jahrelang musste Steeltec sehr hohe Strompreise und Netznutzungskosten bezahlen. Selbstverständlich gibt es auch andere Ursachen für die Probleme. Das Missmanagement aus früheren Jahren und die massive staatlich Förderung vieler ausländischer Konkurrenten. Wie wir wissen, ist die Ausrichtung von Industriesubventionen ordnungspolitisch nicht richtig. In gewissen Fällen ist eine Ausnahme berechtigt, ich denke dabei an die staatliche Förderung der Konkurrenten, die hohen Energiepreise, die Sicherstellung der ökologischen Schweizer Stahlproduktion oder die 600 Arbeitsplätze. Zudem geht es um einen Betrieb, der seit 1853 erfolgreich sehr viel zum Wirtschaftsstandort Kanton Luzern beigetragen hat. Diese Tatsache können wir nicht einfach elegant übersehen. Selbstverständlich sind die Argumente der Regierung grossmehrheitlich richtig. Aber die SVP-Fraktion kommt zu anderen Schlussfolgerungen, denn es geht um die Versorgungssicherheit, die ökologische Stahlproduktion und Recycling sowie um Arbeitsplätze. Zudem muss Steeltec Planungssicherheit erhalten, und zwar jetzt und nicht in 1,5 Jahren. Steeltec muss wissen, ob sie insgesamt 25,5 Millionen Franken erhält oder nicht. Aufgrund dieser Überlegungen stimmt die SVP-Fraktion mehrheitlich der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir bitten Sie, im Rahmen des Standortförderungsgesetzes zu prüfen, ob der Beitrag aus dem Topf der OECD-Steuern von 160 Millionen Franken entnommen wird und nicht den Steuergeldern des Volkes. Deshalb erachten wir es als richtig und notwendig, dass die Regierung schnell vorwärts macht und unserem Rat umgehend ein Dekret vorlegt, über dessen Genehmigung wir befinden können.

André Marti: Die Stahlindustrie in Emmen hat eine lange Tradition. Sie ist ein grosser Arbeitgeber und einer von nur sehr wenigen Betrieben in der Schweiz, der Stahlprodukte herstellt. Die Globalisierung, die Steigerung der Energiepreise, die hohen Kosten am Produktionsstandort Schweiz, das alles kennen wir. Die vom Bundesparlament Ende 2024 beschlossene Lösung zur Unterstützung der Metallunternehmen von national strategischer Bedeutung wurde ein Stück weit über die Köpfe der Standortkantone hinweg und aus Sicht der FDP-Fraktion als unausgewogene Lösung festgelegt. Die Mängel dieser Lösung sind gross. Wieso soll sich der Standortkanton in diesem Umfang beteiligen, wenn es ein nationales Interesse ist? Wieso der Nachbarkanton nicht, in welchem ebenfalls Mitarbeitende wohnen und der ebenfalls Material bezieht? Der Bund beteiligt sich mit einem Gebührenverzicht und verlangt vom Standortkanton dasselbe. Es ist aber ziemlich unrealistisch, dass der Kanton Luzern auf Gebühren in diesem Umfang verzichtet. Es läuft darauf hinaus, dass sich der Kanton mit Barmitteln beteiligt. Die FDP-Fraktion teilt die Ansicht der Regierung, dass die vom Bund vorgeschlagene Lösung nicht gut ist. Wir anerkennen aber auch, dass die Situation von Steeltec einer Lösung bedarf. Der Kanton Luzern steckt deshalb in einem Dilemma. Das Verständnis über das Zusammenspiel von Wirtschaft und Staat wird arg strapaziert. Der Staat sorgt für die guten Rahmenbedingungen, die ein erfolgreiches Wirtschaften erlauben, wie beispielsweise Steuern, Berufsbildung, Raumplanung, Verkehr oder Überbrückung von konjunkturellen Schwächephase mit Instrumenten wie einer Kurzarbeitsentschädigung. Die direkte finanzielle Unterstützung von Firmen sollte nur in Ausnahmefällen geschehen, nach klaren Kriterien und sicher nicht, um einen übergeordneten

Strukturwandel aufzuhalten. Das ist die Grundhaltung. Und was tun wir im Fall Steeltec? Die Firma ist stark mit Strukturveränderungen im Umfeld und mit Rahmenbedingungen beschäftigt. Es ist aber auch eine Firma mit wichtigen Funktionen in unserem Wirtschaftskreislauf, zum Beispiel beim Recycling von Stahl. Fazit: Es besteht Handlungsbedarf, aber die vorgeschlagene Lösung des Bundes sehen wir kritisch. Die Unterstützung infolge dieser Mängel einfach abzulehnen, wird dem Problem nicht gerecht. Den von Adrian Nussbaum skizzierten Weg erachten wir als gangbar. Voraussetzung ist aber, dass wir der Anpassung des Wirtschaftsförderungsgesetzes der Standortförderung zustimmen. Damit können wir einen Weg finden, ohne das beschriebene Dilemma zu vergrössern und Tür und Tor zu öffnen für ein bedingungsloses Geldverteilen an alle Betriebe mit strukturellen Problemen und die aktuell beispielsweise von Zollverwerfungen betroffen sind. Die FDP-Fraktion unterstützt im Sinn des Votums von Adrian Nussbaum die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 347.

Thomas Gfeller: Wir stehen nicht einfach vor der Frage, ob wir Steeltec unterstützen sollen. Die eigentliche Frage ist grundsätzlich und lautet: Wollen wir in Luzern einen Paradigmenwechsel einleiten und beginnen, Unternehmen mit kantonalen Steuergeldern zu unterstützen? Ob die Unterstützung schlussendlich über ordentliche Steuern oder über OECD-Gelder erfolgt, ist eher eine Randnotiz. Heute ist es die Stahlindustrie, morgen vielleicht eine andere Branche, die ebenfalls unter Druck gerät. Wenn wir heute zustimmen, öffnen wir eine Tür, die wir später vielleicht nicht mehr schliessen können. Der Staat ist nicht dazu da, um einzelne Unternehmen mit Millionenbeträgen künstlich am Leben zu erhalten. Aufgabe des Staates ist es, für gute Rahmenbedingungen, faire Steuern sowie eine funktionierende Infrastruktur zu sorgen und verlässliche Gesetze auszuarbeiten. Wirtschaftliche Risiken einzelner Betriebe zu übernehmen, gehört sicher nicht zu seinen Aufgaben. Wir alle in diesem Saal können nicht vorausschauen und mit Bestimmtheit sagen, wie sich die amerikanischen Zölle entwickeln. Entwickeln sie sich wie bekannt, dann werden sich unweigerlich auch andere Firmen melden und Hilfe vom Staat respektive Kanton verlangen. Jeder Betrieb findet triftige Argumente, um uns mitzuteilen, weshalb er systemrelevant ist oder «Tool big to fail». Wollen wir wirklich den Weg einschlagen, dass der Kanton Luzern zum Unternehmer und Geldgeber wird? Die Verantwortung der aktuellen Lage liegt nicht nur beim Management von Steeltec, sondern auch bei uns, der Politik. Im Wesentlichen hat die Umweltpolitik auch dazu beigetragen, dass jetzt die ersten Opfer zu beklagen sind. Hohe Strompreise, Konkurrenz aus China, schwache Nachfrage aus der Autoindustrie, all das sind Faktoren im Wettbewerb, die wir mit kantonalen Steuergeldern nicht einfach wegbedingen können. Was sagen wir all den kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Kanton, die jeden Tag im Wettbewerb stehen? Sollen diese Unternehmen ebenfalls staatliche Gelder erhalten? Warum soll ausgerechnet ein internationaler Konzern eine Sonderbehandlung erhalten? Die Sorgen der Mitarbeitenden sind ernst zu nehmen. Es ist verständlich, dass dabei Emotionen mitspielen. Aber wir dürfen uns nicht von kurzfristigen Stimmungen leiten lassen. Im vorliegenden Postulat geht es vielmehr um eine Weichenstellung der kantonalen Wirtschaftspolitik. Die SVP-Fraktion ist gespalten und es gibt gute Gründe dafür, aber noch bessere Argumente dagegen. Im Sinn einer Überbrückungshilfe mit der Absicht, den Unternehmen etwas Luft zu verschaffen, fand sich eine Mehrheit für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Kritiker wie aber auch Befürworter sind sich einig, dass diese Hilfe einmalig ist und nicht sämtliche Probleme des Unternehmens lösen kann. Steeltec muss die eigenen Probleme lösen und sich auf dem Markt neu positionieren. Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats P 347 zu.

Caroline Rey: Mein Gewerkschafterinnenherz hat heute Morgen höhergeschlagen: Gemeinsam für eine Sache einzustehen lohnt sich. Danke, dass die Mitarbeitenden von Steeltec heute auf der Tribüne anwesend sind. Heute spreche mit zwei Hüten: Einerseits als SP-Politikerin und andererseits als Präsidentin des Luzerner Gewerkschaftsbundes (LGB). Vorab: Steeltec ist mit rund 650 Arbeitsplätzen der vierziggrösste Arbeitgeber im Kanton Luzern. Diese gilt es an erster Stelle zu schützen. Der Kanton plant, zukünftig jährlich 160 bis 180 Millionen Franken direkt und gemäss Vernehmlassungsvorlage zur Weiterentwicklung der Standortförderung ohne Auflagen als Subventionen an Grossunternehmen auszuschütten. Der im Vergleich dazu kleine Beitrag an Steeltec ist jedoch an Bedingungen geknüpft. So beinhaltet er beispielsweise ein Standortgarantie und ein Dividenden- und Boniverbot. Dies hilft massgeblich, Arbeitsplätze zu sichern. Ich weise gerne darauf hin, dass alle Fraktionen ausser der GLP das Postulat P 307 von Philipp Bucher mit folgendem Auftrag überwiesen haben: «Der Regierungsrat wird beauftragt, auf Kantonsebene Massnahmen zu ergreifen und vorhandene Handlungsspielräume zu nützen, um die Stahlindustrie am Standort Emmen bei der Bewältigung der aktuellen Schwierigkeiten zu unterstützen. Die befristeten Überbrückungsmassnahmen sollen der betroffenen Firma ermöglichen, zügig Reorganisationen durchzuführen und ihr Geschäftsmodell zu überprüfen, um langfristig wettbewerbsfähig und zukunftsfähig zu bleiben.» Wir hätten erwartet, dass der Regierungsrat dies umsetzt. Leider fällt er nun dem Industriestandort Emmen in den Rücken. Es scheint, aus Trotz, weil er sich an der Überbrückungshilfe des Bundes beteiligen soll. Eine verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Der Kantonsbeitrag von 8,5 Millionen Franken für die vierjährige Überbrückungshilfe entspricht ungefähr 1 Prozent der geplanten jährlichen Standortförderung. Mir scheint, dass dieses Geld zur Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze gut investiert ist. Ebenfalls können wir unsere Abhängigkeit vom Ausland minimieren und stärken mit inländischer Stahlproduktion die Kreislaufwirtschaft. Das lohnt sich. Danke, wenn Sie der Überbrückungshilfe für Steeltec zustimmen.

Marcel Budmiger: Wenn der Unterstützungsbeitrag nun aus den für die Standortförderung im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingestellten Mitteln bezahlt werden soll, statt aus dem Klimafonds, stehen wir dem nicht im Weg. Wir schliessen uns deshalb der teilweisen Erheblicherklärung an. Fritz Gerber hat es gesagt: Jetzt braucht es Planungssicherheit und es muss vorwärtsgehen. Adrian Nussbaum, erpressen lassen wir uns aber nicht, denn das von Ihnen geschilderte Vorgehen bringt überhaupt keine Planungssicherheit. Sie widersprechen sich also.

Claudia Huser: Die GLP-Fraktion anerkennt die Wichtigkeit von Steeltec als Arbeitgeberin in unserer Region und die historische Wichtigkeit. Es liegt aber auch in der Verantwortung der Politik, die wirtschaftliche Stärke unseres Kantons zu sichern, und zwar gesamtheitlich. Diese Aufgabe darf jedoch nicht auf eine einzelne Branche oder Firma beschränkt werden. Die GLP-Fraktion wird ihren bisherigen Kurs daher konsequent fortsetzen und sich weiterhin mit Überzeugung für attraktive Rahmenbedingungen einsetzen – etwa durch eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und ein gutes Ausbildungsangebot. Die direkte Unterstützung lehnen wir ab: Sie widerspricht einer liberalen Wirtschaftspolitik, von der uns immer vorgeworfen wird, dass wir sie nicht umsetzen. Ich glaube, diese Frage müsste sich heute jemand anders stellen. Zudem ist die Bedingung ein Novum, dass sich der Bund nur beteiligt, wenn auch der Standortkanton zahlt – selbst in Krisensituationen wie der Bankenkrise, der Rettung der Swissair oder den Unterstützungsprogrammen für Energiekonzerne war dies nicht der Fall. Direkte Finanzhilfen wären ein gefährliches Präjudiz und Thomas Gfeller hat es korrekt gesagt: Es geht nicht nur um Steeltec. Es geht um eine Grundhaltung und berechenbare Politik. Die Schlussfolgerung

von Thomas Gfeller bedaure ich jedoch. Andere Unternehmen, grösstenteils Kleinunternehmen, könnten künftig folgen. Sofern aber die Mehrheit des Kantonsrats die finanzielle Unterstützung beschliesst, muss ich zur Anfrage A 520 von Roman Bolliger klar Stellung nehmen. Der ökologischen Wandel ist zwar wichtig und spannend, aber steht definitiv nicht im Fokus dieser Rettung. Im Fokus steht die Rettung der Unternehmung. Ob dies allerdings mit dem vorgesehenen Beitrag von Bund und Kanton – 17 Millionen Franken über 4 Jahre – gemessen am Jahresverlust von rund 200 Millionen Franken gelingen kann, ist aus unserer Sicht mehr als fragwürdig. Wenn der Erhalt der Schweizer Stahlindustrie tatsächlich von nationalem Interesse ist, soll dies der Bund regeln, und zwar mit Beträgen, die eine nachhaltige Lösung gewährleisten. Was nun die Mitte- und die SVP-Fraktion mit der teilweise Erheblicherklärung wollen, ist uns schleierhaft, auch nach ihren Voten. Entweder man unterstützt das Unternehmen oder nicht. Standortförderung ist aus unserer Sicht branchenunabhängig. Mit der teilweisen Erheblicherklärung gewinnen wir Zeit, aber dem Unternehmen geht es schlecht. Wenn wir berechenbare Politik machen wollen, benötigt Steeltec jetzt eine Antwort und keine Vertröstung auf allfällige Standortfaktoren oder OECD-Gelder. Übrigens, auch OECD-Gelder sind Steuergelder, Fritz Gerber. Schlussendlich bezahlen wir diesen Betrag mit Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen des Kantons Luzern. Das können wir nicht unterstützen. Die GLP-Fraktion bleibt konsequent und lehnt das Postulat P 347 ab. Wenn Sie berechenbare Politik machen wollen, sollten Sie das auch tun.

Tobias Käch: Ich spreche im Namen einer kleinen Minderheit der Mitte-Fraktion zum Postulat P 347. Es liegt mir am Herzen, eine recycelte Lanze für die Luzerner Stahlindustrie zu brechen. Aus meiner Sicht sollte sie hier im Rat nicht aus ordnungspolitischen Gründen eingeschmolzen werden. Deshalb unterstützte ich die Erheblicherklärung des Postulats. In vielen Ländern rings um die Schweiz, aber auch weltweit, wird die verbleibende Stahlindustrie unterstützt, indem die Strompreise vergünstigt oder andere kreative Massnahmen zur finanziellen Unterstützung geschmiedet werden. Ich bin der Überzeugung, dass das die Schweiz ebenfalls tun muss. Nebst dem Erhalt von Arbeitsplätzen möchte ich ein weiteres Argument in die Diskussion einbringen. Für mich hat die verbleibende Schweizer Stahlindustrie nämlich Systemrelevanz. Aktuell werden 80 Prozent des Stahls von Steeltec ins Ausland exportiert. Hightech made in Switzerland. Die Firma wäre nötigenfalls aber auch in der Lage, Stahl für unsere Rüstungsindustrie herzustellen, zum Beispiel Stahl für Panzer. Dieser ist bereits jetzt Mangelware und wenn man an Krisen wie beispielsweise die Corona-Pandemie zurückdenkt, schaut jedes Land zuerst für sich. Diesen Trumpf möchte ich nicht aus der Hand geben. Es ist wie ein glühender Rohling, den wir nicht achtlos vom Amboss stossen dürfen. Ich bitte Sie, eine ordnungspolitische Ausnahme zu machen und diese Überbrückungsmassnahme zu ermöglichen.

Fabrizio Misticoni: Wir stehen vor keiner einfachen Entscheidung: Auf der einen Seite die bedrohten Arbeitsplätze und die damit verbundenen Einzelschicksale. Die reale Existenz dieser Einzelschicksale wurde uns heute Morgen eindrücklich demonstriert. Auf der anderen Seite die wirtschaftliche und geopolitische Realität mit hohen Staatssubventionen in anderen Ländern, hohen Energiepreisen und einem schleppenden Absatz von Stahl. Springen wir also über unseren ordnungspolitischen Schatten und trauen uns ausnahmsweise auch Industriepolitik zu? Wir alle standen schon im Dezember vor diesem Dilemma und dieser Frage. Eine Mehrheit unserer Rates hat sich damals für die Unterstützung ausgesprochen. Jetzt, wo es konkret wird, ist es nur richtig, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Steeltec befindet sich in einem notwendiger Transformationsprozess, wir haben schon viel darüber gehört. Eine Unterstützung durch Bund und Kanton würde der Firma und dem Standort

Emmen dabei Planungssicherheit in Richtung Transformation, Nachhaltigkeit und Konkurrenzfähigkeit geben. Ja, für eine Unterstützung durch den Bund ist auch ein Commitment des Standortkantons, unseres Kantons, nötig. Die 8,5 Millionen Franken erstreckt über 4 Jahre ergeben knapp 1 Prozent der für die Standortförderungsmaßnahmen vorgesehenen 200 Millionen Franken. 8,5 Millionen Franken des Kantons Luzern für zusätzliche 17 Millionen Franken Überbrückungshilfe des Bundes scheint mir ein einigermaßen guter Deal zu sein, auch wenn er dem Kanton aufgedrückt wurde. Wirtschaftsförderung darf nicht nur Neuansiedlungen betreffen, der Erhalt von Arbeitsplätzen sollte ebenso im Fokus stehen. Für die Grüne Fraktion ist bei der Zusage zudem zentral, dass die Unterstützung nicht ohne Bedingungen erfolgt. Der Produktionsstandort muss erhalten bleiben, ein netto null-Fahrplan muss erarbeitet werden und es dürfen keine Dividendenauszahlungen oder andere Sonderzahlungen getätigt werden. In diesem Sinn senden wir mit der teilweisen Erheblicherklärung oder der Erheblicherklärung ein starkes Signal in Richtung Standort Emmen und auch ein Signal für Nachhaltigkeit und Recyclingstahl.

Laura Spring: In einigen Voten ging es um die korrekte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton. Ich verweise dabei auf die uns bekannten Verbundaufgaben und das Subsidiaritätsprinzip. Beispiele dazu sind etwa das Agglomerationsprogramm oder Finanzierungen in der Landwirtschaft. Es ist üblich, dass der Bund, die Kantone und zum Teil die Gemeinden gewisse Aufgaben zusammen übernehmen. Deshalb finde ich, dass dieses Argument etwas schräg in der Landschaft steht. Der Bund hat ein sehr strenges Gesetz erlassen und konkret definiert, dass es sich nur um Überbrückungshilfe für Eisen-, Stahl- und Aluminiumproduzenten handelt und die Firmen werden aufgelistet. Urs Gfeller, deshalb kann nicht einfach Krethi und Plethi einen Antrag stellen und Gelder fordern. Das funktioniert nicht. Mir gefällt zudem besonders, dass keine Boni erlaubt sind. Ein solches Gesetz ist eigentlich ein Vorbild für die Wirtschaftsförderung im Kanton Luzern. Bei der Standortförderung setzten wir nicht auch nur halbwegs so anständige Leitplanken für eine gute Wirtschaftsförderung, wie es bei diesem Bundesgesetz der Fall ist. Das Gesetz macht ganz klare Vorlagen und verpflichtet das Unternehmen, die Ziele einzuhalten. Sollten die Ziele nicht eingehalten werden, gibt es sogar eine Rückversicherung, denn dann müssen die Gelder zurückbezahlt werden. Die zuständige Kommission des Kantons Solothurn und die Regierung haben bereits zugesagt. Im November wird der Kanton Solothurn mit einer Sicherheit von 99 Prozent Ja dazu sagen und damit den Standort Gerlafingen sichern. Wir tun uns schwer und warten die Beratung der Standortförderung ab, die wir vielleicht in einem Jahr beenden. Bis dann sind wir vielleicht zu spät und der Standort Emmen ist allenfalls gefährdet. Steeltec muss planen können und vielleicht auch die Standorte konsolidieren. Damit setzen wir die 650 Arbeitsplätze der Gefahr aus, gestrichen zu werden. Beim Standort Emmen handelt es sich um eine wahre Perle mit extrem viel Know-how. Das sind nicht einfach nur irgendwelche Arbeitsplätze, Tobias Käch hat es ausgeführt. Wenn dieses Wissen weg ist, können wir es nicht einfach so zurückholen. Steeltec produziert Recyclingstahl, dieses Produkt eignet sich nicht nur für Rüstungsgüter, sondern auch für viele andere Dinge. Hier im Saal hat sich noch nie eine Partei gegen die Kreislaufwirtschaft ausgesprochen. Wir können Steeltec gezielt mit 8,5 Millionen Franken helfen – im Gegensatz zu den 200 Millionen Franken, die wir den Firmen für irgendwelche unklaren Leistungen einfach nachwerfen. Bitte unterstützen Sie das Postulat P 347.

Fabian Stadelmann: Vor etwa einem Jahr habe ich anlässlich der Beratung der Botschaft B 17 erklärt, dass uns diese Vorlage noch sehr viel Geld kosten werde. Die Energiepreise kennen nur eine Richtung, nämlich nach oben. Die Vernehmlassung zum

Energiegesetz steht bevor. Ich bin gespannt, wie sich die Parteien in der Vernehmlassung dazu äussern werden. Vielleicht müsste man die Wirtschaft wieder miteinbinden und nicht nur darauf pochen, die Energiestrategie 2050 gezielt zu verfolgen.

Simone Brunner: Wenn es einmal schnell vorwärts geht in der Politik – der Bund hat ein Rahmengesetz erlassen – ist es auch nicht recht. Geht es einmal schnell, findet der Kanton Luzern, dass er zu wenig mit einbezogen wurde. Geht es einmal schnell, ist man dagegen. Für einmal wurde ein Gesetz schnell erarbeitet und Sie monieren, dass der Bund macht, was er will und nicht auf den Kanton Luzern hört. Bei den Corona-Hilfen handelte es sich ebenfalls um eine Verbundaufgabe. Wir haben Unternehmen ab 5 Millionen Franken unterstützt, ein Teil wurde vom Kanton übernommen, der andere vom Bund. Diese wirtschaftspolitische Massnahme haben wir ebenfalls zusammen mit dem Bund bewältigt. Die Aussagen der GLP-Fraktion haben mich irritiert. Die GLP, die für eine nachhaltige Wirtschaft steht. Nun könnte man im Kanton Luzern für einmal nachhaltiges Wirtschaften fördern, ist aber per se dagegen. Wir sind bereit, den Beitrag für Steeltec mit Geldern der Standortförderung zu finanzieren. 200 Millionen Franken minus 8,5 Millionen Franken, die SP-Fraktion ist dabei. Aber wir können nicht 1,5 Jahre mit dem Entscheid warten, bis der parlamentarische Entscheid und die Volksabstimmung erfolgt sind. Das ist keine Planungssicherheit. Unserem Rat gehören viele Unternehmerinnen und Unternehmen an, die wissen, wie wichtig Planungssicherheit ist. Ich bin nicht bereit, diesen Entscheid in die Standortförderung einzubinden. Wir brauchen ein Dekret, und zwar schnell, damit das Geld gesprochen werden kann.

Samuel Zbinden: Eine Replik an Fabian Stadelmann: Nur, weil man zehnmal erklärt, dass die Energiestrategie gescheitert ist, wird die Aussage dadurch nicht richtiger. Nicht die Energiestrategie führt dazu, dass Steeltec in der Bredouille ist. Andere Gründe wie etwa Lieferengpässe und der Ukraine-Krieg haben damit zu tun. Die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle hat in den letzten Jahrzehnten zu diesen Problemen geführt, in denen wir uns nun befinden. Die Energiestrategie und die konsequente Förderung erneuerbarer Energien werden uns hingegen längerfristig dabei helfen, diese Probleme zu lösen.

Adrian Nussbaum: Zum Votum von Thomas Gfeller: Ja, wir machen einen Paradigmenwechsel, aber in der Standortförderung. Meines Wissens hat die SVP in der Vernehmlassung ebenfalls Ja dazu gesagt. Zu den Voten von Marcel Budmiger und Simone Brunner: Diverse Personen der linken Seite haben einen Bezug zur Standortförderung gemacht. Ich gebe den Erpresservorwurf an meine Seite gerne zurück: Sagen wir Ja zu Steeltec, aber machen wir es richtig.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Sie haben etwas länger gesprochen, ich erlaube mir, das auch zu tun. Ja, dieses politische Geschäft hat eine längere Geschichte, Sie kennen diese auch aus den vergangenen Jahren. Es geht um eine langjährige Luzerner Unternehmung, das haben wir eindrücklich gehört, und um die Industriegeschichte in Emmenbrücke, es geht um Arbeitsplätze und Mitarbeitende, einige sind heute anwesend. Ich kann Ihnen versichern, dass die Regierung grosses Verständnis für die schwierige Situation der Mitarbeitenden, ihrer Familien, aber auch der Unternehmung hat. Die Herausforderungen für die Unternehmung liegen aber nicht an unattraktiven Rahmenbedingungen im Kanton Luzern, die in unseren Händen liegen würden, das wissen Sie auch. Unser Rat und Ihr Rat setzen sich für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Luzern ein, dafür schaffen wir gute Standortbedingungen wie Ausbildungsmöglichkeiten, Verkehrserschliessung, Erreichbarkeit, wettbewerbsfähiges Steuerumfeld, Innovationsförderung usw. Natürlich setzt sich unser Rat in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung auch für Unternehmen ein, die

wirtschaftlich zu kämpfen haben. Gerade jetzt, mit den US-Zöllen, gibt es einige weitere Unternehmen, die vor ganz schwierigen Situationen stehen. Im vorliegenden Fall der Steeltec hat sich unser Rat unter anderem für die bewährte Unterstützungsmassnahme wie die Kurzarbeitsentschädigung und die Flexibilisierung und Verlängerung dieser Kurzarbeitsentschädigung auf allen Ebenen eingesetzt. Wir waren direkt mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im Austausch und hatten dazu auch mit der Geschäftsleitung von Swiss Steel einen Austausch und mit Helene Budliger Artieda persönlich. Wie wichtig die heutige Diskussion ist, zeigt sich natürlich auch am Interesse der Mitarbeitenden und der Geschäftsleitung. Ich kann Ihnen versichern, dass wir heute und weiterhin in engem Austausch mit der Firmenleitung sind. Was ist aber die Herausforderung für Steeltec? Es sind aus unserer Sicht vor allem globale, grosse Veränderungen, Handelskriege, internationale Wettbewerbsverzerrungen und Subventionen in anderen Ländern für die Stahlbranche und ein unerbittlicher Kampf weltweit mit Handelsschranken und anderen Hindernissen, die den freien Wettbewerb behindern. Steeltec hat zudem selbst Hausaufgaben zu machen, das hat uns auch die Geschäftsleitung in mehreren Gesprächen versichert. Man ist bereits erfolgreich unterwegs, weltweit wurden einige Massnahmen getroffen, um die Unternehmung fit für die Zukunft und wettbewerbsfähig zu machen. Der Weg ist lang und beschwerlich, aber man ist unterwegs. Diese Transformation kostet auch, sie braucht Zeit und kostet auch Arbeitsplätze. Der Abbau dieser Arbeitsplätze wurde in diesem Jahr bereits kommuniziert. Dieser ist auch gemäss Aussage der Geschäftsleitung nötig, um die Unternehmung fit zu machen und die bestehenden Arbeitsplätze weiterhin zu sichern. Nun, worum geht es bei Ihren Vorstössen? Das Bundesparlament hat in der vergangenen Wintersession ein dringliches Bundesgesetz über Überbrückungshilfen für die Stahlindustrie beschlossen. Wohl erstmalig in dieser Form, Claudia Huser hat es erwähnt. Und ja, es ging sehr schnell, aber die Geschwindigkeit hat auch ihren Preis. Gemäss den Kriterien des Gesetzes kommen für die Überbrückungshilfe lediglich vier Unternehmen in der Schweiz, zweimal im Kanton Wallis, einmal im Kanton Solothurn und, einmal im Kanton Luzern infrage. Im Wallis beanspruchen die Unternehmen die Unterstützung nicht, in Solothurn, Sie haben es gehört, hat die Stahl Gerlafingen Unterstützung beantragt. Die Solothurner Regierung hat einen Sonderkredit von 4,6 Millionen Franken beantragt, und scheinbar hat die zuständige Kommission bereits zugestimmt. Das Parlament wird entscheiden und das Dekret unterliegt im Kanton Solothurn ebenfalls dem fakultativen Referendum. Die Motionäre auf Bundesebene wollten eigentlich eine Bundesunterstützung für die Stahlbranche, da es sich um das Thema Kreislaufwirtschaft handelt. Der Stahlschrott kann mehrheitlich in der Schweiz, gerade auch bei uns in Emmenbrücke, recycelt werden, also vor der Haustüre, was wir natürlich begrüssen und was sinnvoll ist. Zudem ist Steeltec auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stahlproduktion schon sehr gut unterwegs. Das wurde uns auch in den Gesprächen immer wieder bestätigt. Natürlich noch nicht am Ziel, aber doch viel besser als die Stahlproduzenten in Europa, und das ist ja auch wichtig für die Schweiz. Und ja, Stahl ist wichtig für die Schweiz. Trotzdem muss man auch bedenken, dass rund 80 Prozent des Stahls aus Emmenbrücke in die EU exportiert werden. Das ist klar, denn die Automobilindustrie ist natürlich vor allem dort zu Hause wie auch weitere Kunden. Das Bundesgesetz wurde in der parlamentarischen Beratung im letzten Moment ohne Konsultation der Kantone beschlossen, sodass der Bund nur Unterstützung gibt, wenn auch der Kanton mitbezahlt. Es ist aber einfach nicht richtig, dass die Staatsebenen so miteinander umgehen, in dieser kurzen Frist, ohne Konsultation. Adrian Nusbaum hat sogar von einem «Buebetrickli» gesprochen. Nun zum Stand der Dinge. Die Steeltec AG hat beim Bund fristgerecht ein Gesuch um Überbrückungshilfe eingereicht. Wir haben vom zuständigen Bundesamt für Energie (BFE) die

Bestätigung erhalten, dass aus Sicht des Bundes die Bedingungen erfüllt sind, um die Überbrückungshilfe zu beanspruchen. Der Bund will aber natürlich noch wissen, was der Kanton tut – weil das ja eine Bedingung ist –nebst den Entlastungen von Netzgebühren durch den Bund. Die Einnahmereduktion erfolgt ja in der Kasse der Netzgebühren, also ist es nicht eine Ausgabe, die der Bund macht, sondern er verzichtet bei den Netznutzgebühren auf die Einnahmen. Das heisst, die anderen Netznutzungsteilnehmenden bezahlen in diesem Sinn, es sind rund 17 Millionen Franken. Der Kanton Luzern hat ja keine Netznutzungsentgelte, also müssen wir den Betrag über Steuergelder bereitstellen, und zwar rund 8,5 Millionen Franken über vier Jahre. Unser Rat anerkennt die wichtige Stellung der Steeltec und des Produktionsstandorts Emmen. Wir sind im regelmässigen Austausch, nach dem heutigen Entscheid sowieso. Dennoch lehnen wir die Unterstützung im vorliegenden Fall ab. Der bereits beschlossene Stellenabbau der Steeltec kann mit der finanziellen Hilfe nicht rückgängig gemacht werden. Dieser ist gemäss der Geschäftsleitung notwendig, um die Firma für die Zukunft fit zu machen, was die weiteren Arbeitsplätze sichert. Das ist für uns nachvollziehbar. Unser Rat erachtet es zudem nicht als seine Aufgabe, wirtschaftspolitische Massnahmen zu ergreifen, um internationale Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen, was bei der Stahlbranche der Fall ist. Wir finden es stossend, dass den Kantonen ein Gesetz ohne Konsultation aufgezwungen wird, gerade auch, wenn die Kantone gemäss Gesetz beträchtliche Beiträge mitfinanzieren müssen. Es ist keine Art des Bundes, das so zu tun. Zudem handelt es sich beim Kanton um Steuergelder, beim Bund um einen Einnahmeverzicht. Auch wenn die Steeltec eine wichtige Rolle in der Kreislaufwirtschaft einnimmt, sehen wir es nicht in der Zuständigkeit des Kantons Luzern, dies für die Schweiz sicherzustellen oder zu fördern. Die Kreislaufwirtschaft ist Sache auf Bundesebene und muss angegangen werden. Dann vielleicht noch zum Thema der Förderung von Klimamassnahmen. Im Klima- und Innovationsgesetz stehen Mittel zur Verfügung, auch dort muss man einen Netto-null-Fahrplan vorweisen, damit man das tun kann. Es ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, diese Mittel, auch wenn wir diese sprechen würden oder Ihr Rat anders entscheidet, an fixe Massnahmen zu binden, denn die Firma braucht einfach auch Luft, um die Transformation weiterzuführen, wenn man das entsprechend will. Aber eine Verknüpfung mit weiteren Punkten schmälert die Handlungsfähigkeit der Geschäftsleitung. Wir haben Ihre Voten zur Kenntnis genommen. Der Antrag der Regierung ist klar, aus ordnungspolitischer Sicht lehnen wir das Postulat ab. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass allenfalls eine Mehrheit Ihre Rates wünscht, dass die Unterstützung der Steeltec im Rahmen der Botschaft zur Standortförderung nochmals geprüft wird. Dieses Anliegen werden wir respektieren, wenn es entsprechend überwiesen wird. Allerdings muss ich Sie darauf aufmerksam machen, dass aufgrund des knappen Zeitplans die Vernehmlassungsbotschaft, respektive die Botschaft für das Parlament bei der Regierung bereits auf dem Tisch liegt und es aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich ist, dies einzubinden. Sie sind aber Gesetzgeber, Ihr Rat wird am Schluss über die Vorlage entscheiden, und da steht es Ihnen selbstverständlich offen, im Rahmen der Kommissionsarbeit usw. auf diese Themen einzugehen. Wir werden entsprechend Ihrem Auftrag mitarbeiten. Die Regierung wird sich auch weiterhin mit Steeltec austauschen. Mir ist es wichtig, noch etwas klarzustellen: Mit der Erheblicherklärung des Postulats erwarten Sie von uns ein Dekret als Auftrag für die Unterstützung. Bei der teilweisen Erheblicherklärung habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie das Anliegen in der Standortförderung einbinden wollen, aber dann hat die Regierung keinen Auftrag für ein Dekret, wird aber bei der Entwicklung der Standortförderungsvorlage mitarbeiten. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat P 347 wie von der Regierung beantragt, abzulehnen.